

Strategische Relevanz

Staatshilfe für Stahlbranche

Von Daniel Bratanovic

Eine Binsenrede zu sagen, die deutsche Stahlindustrie habe schon bessere Tage erlebt. 2025 erzeugten Stahlwerke in der Bundesrepublik bloß noch 34,1 Millionen Tonnen Rohstahl. Zu Zeiten, als Begriffe wie »Strukturwandel« noch in akademischen Kolloquien ausgebrütet wurden, also um die Mitte der 1970er Jahre, waren es noch 53 Millionen Tonnen, die Stahlproduktion der DDR, wohlgerne, nicht mitberechnet.

Weltmarktkonkurrenz und globale Überkapazitäten sorgten danach für die bis heute anhaltende Stahlkrise in der Bundesrepublik und insgesamt in der Europäischen Union. In der Branche gelten jährliche 40 Millionen Tonnen Rohstahl als Schwelle für eine auskömmliche Kapazitätsauslastung. Anders gesagt: Die Stahlproduktion in Deutschland ist nicht rentabel.

Ginge es nach den Anbetern des freien Marktes, die jeden Tag religiöse Bekenntnisse in den Spalten von *Welt*, *FAZ* e tutti quanti abgeben, dürfte zwischen Duisburg und Eisenhüttenstadt nicht mehr eine einzige Tonne Stahl gefertigt werden, dafür hätten die bereinigenden Kräfte des Marktes schon gesorgt. Solche Verblendung verhindert die Erkenntnis, dass dies mit den Interessen eines Staates, dem sie, sofern er nur schön schlank ist, schon auch die Daumen drücken, kaum in Einklang zu bringen ist.

Wenn jetzt gemeldet wird, dass Thyssenkrupp den Verkauf seiner Stahlsparte auf Eis gelegt hat und außerdem die Salzgitter AG von der EU-Kommission die Genehmigung erhalten hat, die Hüttenwerke Krupp-Mannesmann zu übernehmen, ist damit staatliche Einflussnahme und eine nationale Umstrukturierung angezeigt. Um die Sicherung von Arbeitsplätzen geht es dabei nicht einmal sekundär. Denn fest steht, dass Thyssen-Krupp bis zu 11.000 der rund 26.000 verbliebenen Stellen in der Stahlsparte streichen oder auslagern wird.

Der staatliche beziehungsweise suprastaatliche Eingriff zugunsten der hiesigen Stahlindustrie – Industriestrompreis und Verschärfung der Einfuhrregeln für externen Stahl – folgt anderen Motiven. Thyssen-Krupp selbst erklärt die Sache in einer Mitteilung vom vergangenen Sonnabend so: »Die Europäische Union hat die große Bedeutung der Stahlproduktion für die Resilienz industrieller Wertschöpfungsketten erkannt.« Und nicht nur für die, ließe sich ergänzen. Noch immer ist Stahl als Ausgangsmaterial von Kriegsgerät unverzichtbar. Da darf auf staatliche Rivalen als Lieferanten kein Verlass sein und muss bisweilen mit der Logik des Marktes gebrochen werden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522032.strategische-relevanz.html>